
Dokumentation

Die Europäische Wirtschaft 1980-1985

Ein Orientierungsplan zur
Vollbeschäftigung (Auszüge
aus dem Bericht des
Europäischen Gewerk-
schaftsinstituts EGI)*

Die Westeuropäische „Beschäftigungslücke“

Falls die gegenwärtigen Wirtschaftspolitiken der Regierungen anhalten, wird für die 80er Jahre ein wesentlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit für fast ganz Westeuropa vorhergesehen. Die tatsächliche Lage der Arbeitslosigkeit ist ernster, als sie aus den offiziellen Arbeitslosenziffern hervorgeht. 1978 unterschätzten die offiziellen Angaben in der EG das wirkliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit um etwa eine Million Personen.

Darüber hinaus schied zwischen 1973 und 1975 eine Million Gastarbeiter aus der Erwerbsbevölkerung der EG aus und verdeckten somit eine sich in einigen Ländern verschlechternde Beschäftigungslage. Frauen sind von der Arbeitslosigkeit besonders schwer betroffen worden. Zwischen Januar 1979 und Januar 1980 glich ein Anstieg der Arbeitslosigkeit von Frauen von 6,9 % auf 7,2% sogar einen geringfügigen Rückgang der Arbeitslosigkeit für Männer aus.

Das Ziel, die gesamte Erwerbsbevölkerung zu beschäftigen, muß letztlich eine Priorität bleiben, die nicht aus den Augen gelassen werden darf. Als unmittelbares Ziel für die EG sollte eine Arbeitslosigkeit von 2 % gesetzt werden, die bis 1985 verwirklicht werden sollte. Das Ziel für die Arbeitslosigkeit für Westeuropa insgesamt könnte wegen der niedrigeren Arbeitslosenquoten

* Veröffentlicht im Juni 1980. Übersetzung aus dem Englischen.

in einigen EFTA-Ländern etwas unter 2% liegen. Eine laufende Arbeitslosigkeit von 6 Mio Personen im Jahre 1979 im Vergleich zu 2 Mio verursachte für die EG im letzten Jahr Kosten von ungefähr 75 Milliarden Europäische Rechnungseinheiten (ERE) für verlorene Produktion. Die Beschäftigungslücke der EG für 1985 beläuft sich auf 10,8 Mio zusätzliche Arbeitsplätze, die geschaffen werden müßten, um in der EG bis 1985 die Arbeitslosigkeit auf 2 % zu senken. Dies würde zwischen 1981 und 1985 eine durchschnittliche jährliche Zunahme der Beschäftigung von 2 % erforderlich machen. In Westeuropa insgesamt müßte ein Nettosaldo von 14,9 Mio Arbeitsplätzen geschaffen werden, um die Arbeitslosenquote bis 1985 auf 2% zu senken.

Die Nachfrage nach Arbeit - Produktion und Produktivität 1980-1985

In Westeuropa ist seit 1973 der Produktivitätszuwachs von seiner durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate nach dem Krieg von etwa 4,5 % auf etwa 2,1 % zurückgegangen.

Technologische Faktoren werden sich dahingehend auswirken, die grundsätzliche Wachstumsrate der Produktivität in Westeuropa während der 80er Jahre anzuheben. Es gibt keinen Grund dafür, daß Produktivität und Investitionen und damit das potentielle Produktivitätswachstum in Europa nicht allesamt zunehmen würden, falls die Wirtschaften imstande wären, zu Anfang der 80er Jahre eine höhere Produktionswachstumsrate aufrechtzuerhalten. Eine energiesparende Ausrichtung des zukünftigen Wachstums, die gleichzeitig arbeitsintensiv ist, gehört zu den grundsätzlichen Erfordernissen für die 80er Jahre, falls es zu einer Rückkehr zur Vollbeschäftigung kommen soll. Dies mag das Produktivitätswachstum drücken, aber es braucht nicht als eine Beschränkung des Beschäftigungswachstums zu wirken. In ähnlicher Weise würde das Wachstum im Dienstleistungssektor während der 80er Jahre, obwohl es zu einer Verlangsamung des Wachstums der gemessenen

Produktivität führen würde, eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung erleichtern. Wenn die Regierungen während der 80er Jahre eine raschere Wachstumsrate für die Produktivität erzielen wollen, liegt das wirksamste Mittel hierfür in der Aufrechterhaltung einer rascheren Wachstumsrate der Produktion. Unter Bedingungen hoher Nachfrage würde bei der Annahme herkömmlicher Politiken die Arbeitsproduktivität in der EG insgesamt zwischen 1981 und 1985 wahrscheinlich um etwa 5 % jährlich zunehmen.

Auf der Grundlage dieses Szenariums wäre in der EG insgesamt ein Wachstum des BIP von 7% jährlich erforderlich, um bei dem gegenwärtigen Stand der Regierungspolitik bis 1985 einen Abbau der Arbeitslosigkeit auf 2% zu verwirklichen.

Der Wandel der Beschäftigungsstruktur

Zwischen 1964 und 1977 ging der Anteil von Landwirtschaft und Industrie an der Gesamtbeschäftigung in Westeuropa jeweils von 22,7% auf 15,7% und von 38,6% auf 36,7% zurück, während der Anteil des Dienstleistungsbereichs von 38,7% auf 47,6% anstieg. Es kann damit gerechnet werden, daß die Anzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft in Westeuropa insgesamt um 2,4 Mio, von einem geschätzten Wert von 13,1 Mio Personen im Jahre 1980 auf 10,7 Mio im Jahre 1985, zurückgehen wird. Die Beschäftigung in der Industrie und im Dienstleistungssektor Westeuropas müßte zwischen 1980 und 1985 um 17,4 Mio Arbeitsplätze zunehmen, um diesen Rückgang der Beschäftigung in der Landwirtschaft auszugleichen und gleichzeitig bis 1985 eine Verminderung der Arbeitslosigkeit auf 2% zu ermöglichen. Um eine Zunahme der Beschäftigung in der Industrie zu erreichen, die einer Verringerung der Arbeitslosigkeit auf 2 % entspräche, wäre es daher nicht nur erforderlich, die 3 bis 4 Mio Arbeitsplätze in der Industrie, die in Westeuropa seit 1973 verlorengegangen sind, auszugleichen, sondern darüber hinaus

zeitweise den Trend rückläufiger Beschäftigung vor 1973 umzukehren.

Trotz eines langfristigen abfallenden Trends für die Beschäftigung in der Industrie müßte es zu einem gewissen Nettosaldo der Schaffung von Arbeitsplätzen im Industriesektor kommen, um, falls aktive politische Maßnahmen ergriffen werden, eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung zu verwirklichen. Besonders das Baugewerbe hätte hierbei eine wichtige Rolle zu spielen. In Westeuropa würde es wahrscheinlich zu fühlbaren Unterschieden in den Trendentwicklungen einzelner Länder kommen.

Die Arbeitslosigkeit in Berufen des Dienstleistungssektors ist seit 1973, parallel zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Industrie, bedeutend angestiegen. Welches Szenarium für das BIP-Wachstum auch verwirklicht werden sollte, würde es die Erreichung einer Arbeitslosigkeit von 2 % bis 1985 erforderlich machen, daß das Beschäftigungswachstum zum größten Teil im Tertiärsektor stattfindet. Die Zunahme der Beschäftigung im Dienstleistungssektor während der letzten Jahre hat sowohl die Steigerung des Gesamteinkommens in Westeuropa und damit die Zunahme der Nachfrage nach Dienstleistungen widerspiegelt, als auch die relativ niedrigen Kapitalkoeffizienten im Dienstleistungsbereich. Im Verlauf der 80er Jahre werden wahrscheinlich Teile des Tertiärsektors auf die arbeitssparenden Auswirkungen neuer Technologie reagieren. Dies erhöht die Bedeutung, die andere Teile des Tertiärsektors sowohl im Marktbereich als auch außerhalb des Marktbereichs zu spielen haben werden, um eine sehr wichtige Quelle des Beschäftigungswachstums abzugeben.

Wege zum Abbau der Arbeitslosigkeit 1980-1985

Die Regierungspolitiken haben aktiv zur Verschärfung der Rezession beigetragen. Das Ziel der Verminderung der Ölimporte ist durch Hochzins- und restriktive Haus-

haltspolitiken verfolgt worden, die darauf abzielten, den Ölverbrauch und den Inflationsdruck durch ein niedrigeres Niveau der Wirtschaftstätigkeit und folglich noch höhere Arbeitslosigkeit zu vermindern. Der stärker expansive Ansatz der Wirtschaftspolitik in den meisten Nicht-EG-Ländern Westeuropas könnte sich nunmehr ändern. Die Auswirkungen dieser Politik werden darin bestehen, die westeuropäische Wirtschaft auf das pessimistische Wachstumsszenarium hinzutreiben.

Nicht nur fügen die oben skizzierten restriktiven politischen Maßnahmen den Aussichten für eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung schweren Schaden zu, sondern sie sind darüber hinaus nicht wirklich in der Lage, die Inflation zu vermindern. Maßnahmen zur Beschränkung des Finanzierungsbedarfs der öffentlichen Hand kehren sich gegen sich selbst. Indem sie zu einer Erhöhung der Arbeitslosenquoten führen, lösen diese Politiker weitere öffentliche Defizite aus, da sie die Transferleistungen erhöhen und das Steueraufkommen vermindern.

Eine Politik schleppenden Wachstums und höherer Arbeitslosigkeit tendiert dazu, inflationäre Erwartungen zu verstärken.

Die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung wird eine Initiative größeren Ausmaßes erfordern, um die Investitionen zu erhöhen. Aufeinander abgestimmte Maßnahmen haben bei der Verminderung außenwirtschaftlicher Zwänge einzelner Länder eine wichtige Rolle zu spielen. Eine Kombination rascheren Wirtschaftswachstums, einer größeren Initiative auf dem Gebiet der Industriepolitik zur Steigerung der Investitionen, der richtigen sozialpolitischen Maßnahmen, um ein rascheres Produktivitätswachstum in gewissen Schlüsselbereichen zu ermöglichen und damit die Ausweitung arbeitsintensiver Tätigkeiten und qualitativen Wachstums in anderen zu finanzieren, sowie eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit könnten es er-

möglichen, bis 1985 die Beschäftigungslücke zu überwinden und schließlich die Vollbeschäftigung wiederherzustellen. Im Hinblick auf eine Anstrengung, das Wachstum der Wirtschaft Westeuropas wieder anzukurbeln, hat der EGB ein europäisches konzentriertes Aktionsprogramm für die Wiederbelebung der Wirtschaft gefordert. Der Vollbeschäftigungsplan Westeuropas muß mit einem Notprogramm für die Entwicklung in der Welt und mit einem geplanten Wachstum des Welthandels vereinbart und auf sie abgestimmt werden.

Das Wachstum muß auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet sein. Dies ist vereinbar mit dem Ziel qualitativen Wachstums. Ein Zehn-Punkte-Programm hierfür würde Maßnahmen auf folgenden Gebieten erfordern: verbesserte Arbeitsbedingungen, Programme zur Energieeinsparung, Erschließung neuer Energiequellen, Verbes-

serung des Wohnungswesens, Umweltschutz, Erziehungs- und Ausbildungswesen, Gesundheitswesen, persönliche und soziale Dienstleistungen, Einschränkung der Rüstungsausgaben, Ausweitung der Dienstleistungen im Freizeitbereich. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß parallel zu dem qualitativen und quantitativen Wachstum einen zentralen Bestandteil eines Orientierungsplans für die Vollbeschäftigung bilden.

Ein politischer Konsens über die Finanzierungserfordernisse eines solchen Programms ist notwendig. Es ist undenkbar, daß ein größerer Aufschwung der Investitionen zu einem Absinken des Niveaus der Arbeitslosigkeit führte, ohne daß es auf Unternehmens- und Betriebsebene zu einer vollen Beteiligung und Kontrolle der Gewerkschaften in Hinsicht auf den Prozeß der Investitionen käme.

Mitteilung der Redaktion:

Zwei Berichtigungen sind notwendig:

1. Heft 11/81: Die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) weist darauf hin, daß bei der Erfassung der Daten über die Ergebnisse der Betriebsratswahl offensichtlich ein Fehler unterlaufen ist.

Korrigiert lauten die Zahlen für die Zwischenauswertung (Stand vom 31. 8. 1980) nun auf der Seite 691:

Anzahl der Betriebsratsmitglieder = 12021.

Gewerkschaftszugehörigkeit der Betriebsratsmitglieder:

NGG	= 9 304 = 77,4%
andere DGB-Gewerkschaften	= 177 = 1,5%
DAG	= 277 = 2,3 %
andere Organisationen	= 24 = 0,2 %
Unorganisierte	= 2 239 = 18,6%

Inzwischen wurde von der NGG die Schlußauswertung erstellt:

Anzahl der Betriebsratsmitglieder = 12289.

Gewerkschaftszugehörigkeit der Betriebsratsmitglieder:

NGG	= 9450 = 76,9%
andere DGB-Gewerkschaften	= 181 = 1,5%
DAG	= 282 = 2,3 %
andere Organisationen	= 25 = 0,2 %
Unorganisierte	= 2351 = 19,1%

2. Heft 12/81: Der Beitrag von George Günther Eckstein „USA - Gewerkschaften und das Reagan-Regime“ enthält auf der Seite 751 (zweiter Absatz, erste Zeile) einen sinnentstellenden Druckfehler: Die Rede ist von „maßlosen“ und nicht von „maßvollen“ Rüstungsplänen der US-Regierung.